



Wir brauchen ein Mehrere-Hundert-Millionen-Programm

Uns alle haben die heimtückischen Morde in München, Ansbach und Würzburg, aber auch der Angriff auf Kollegen in Stuttgart und die Morde in nächster Umgebung berührt. Die Bürger/-innen stellen noch stärker die Frage, ob der Staat ihnen die Sicherheit bieten kann, die sie benötigen, um ein Leben in Freiheit und ohne Angst führen zu können.

Politisch erwarten die Bürger/-innen, aber auch die Polizeibeschäftigten mehr als einige beruhigende Programme und Punkte-Pläne. Die Terrorgefahr ist nur ein einziger Faktor, um die scheinbare Ohnmacht des Staates zu begreifen. Wenn man uns schon nicht vor Wohnungseinbrechern schützen kann, wie will man uns dann vor fanatischen Tätern schützen, deren eigenes Leben für sie selbst von geringerem Wert ist? Wenn die Polizeibeamten mit Überstunden schon jetzt am Rande der Leistungsfähigkeit sind, wie will man dann in einer anhaltenden Terrorbedrohung die Menschen schützen?

Die Politik in Bund und Land reagiert mit einem Terrorpa-

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)

Schwabenstraße 4

76646 Bruchsal

Telefon 07251.5710

E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:

Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart

Telefon 07 11/99 79 474-0

Telefax 07 11/99 79 474-20

Internet: www.dpolg-bw.de

E-Mail: info@dpolg-bw.de

ISSN 0723-1830

ket. Gesetzesänderungen. Ankündigungen für mehr Personal. Im Bund überschlagen sich die Forderungen, teilweise redet man über 20 000 Polizeistellen. Wohlgerückt im Bund, aber „Polizei“ ist überwiegend Ländersache. Bayern legt noch etwas drauf, auf die seit Jahren schon erhöhten Einstellungszahlen. In Baden-Württemberg gehen die Planungen für 900 Polizeibeamte weiter. Und wir begrüßen ausdrücklich jedwede Mehreinstellung. Aber – die ersten 300 davon werden nach aktuellen Planungen im Jahr 2022 zur Verfügung stehen. Die letzten der Tranche werden im Jahr 2026 die Polizei verstärken. 2026? In zehn Jahren? Wie werden dann die Herausforderungen für die Innere Sicherheit aussehen?

Alles dreht sich um die Personalfrage. Und es wird Zeit zur Erkenntnis, dass wir jetzt einsteigen müssen – und nicht erst 2019! Wir benötigen hierzu zuerst die politische Klärung der Frage, wie viele Polizeibeamte im mittleren und wie viele im gehobenen Dienst eingestellt werden. Warum – weil Planungen aus der Grünen/SPD-Regierungszeit mit einem massiven Anstieg im mittleren Dienst in eine Sackgasse führen. Wir brauchen einen Wechsel – und zwar jetzt. Erst dann, wenn auch die politische Frage der Ausbildungs- und Unterbringungsstandards geklärt ist, kann man den Bedarf an Ausbildungsstandorten klären. Aus Sicht der DPoLG müssen diese Fragen bis Oktober geklärt sein, damit man bis zum Herbst 2017 die Ausbildungskapazitäten schaffen kann.

Unterdessen beschäftigen wir uns mit der Frage der Dienst-

postenbewertung. Wie soll eine Bündelung aussehen? Von A9 bis A11 im gehobenen Dienst oder eher von A10 bis A12? Viele Kollegen/-innen verbinden mit der Bewertung ihrer Aufgaben eine aufgabengerechte Bezahlung. Dabei wird eine Dienstpostenbewertung und die damit verbundenen Überhänge keine einzige Beförderung mehr bringen. Es wird nur das Bisherige verteilt. Die DPoLG, und hier im partnerschaftlichen Verbund mit dem BDK, erneuert die Forderungen nach einer eigenständigen **Besoldungs- und Laufbahnordnung Polizei.** Nur sie wird den enormen Erfahrungs- und Wissensverlust auffangen können, der mit dem Wechsel auf andere Dienstposten – mit dem Ziel der Beförderung – verbunden ist. Damit hält man die Polizei in der Selbstbeschäftigungstherapie, die hier dem Begriff des lebenslangen Lernens eine ganz andere Bedeutung zuschreibt. Ständig wird ein großer Teil damit beschäftigt sein, sich Wissen anzueignen, um die Aufgaben so zu bewältigen, wie es der Amtsvorgänger machte, der dieses Wissen schon hatte. Dieser muss dasselbe nun aber an anderer Stelle tun. Verbesserungen wird es bei den Beförderungen wohl eher durch das 15-Millionen-Programm der Landesregierung geben. Wir meinen, eine gute Chance, um dem kleinen Bundesland Schleswig-Holstein nachzuziehen und als **Eingangssamt die Besoldungsgruppe A 8** vorzusehen. Ein überfälliger Schritt, der uns im Gesamtgefüge deutlich nach vorne bringt – und übrigens mit unserer Besoldungs- und Laufbahnordnung korrespondiert. Und bei 15 Millionen wird es trotzdem



> Ralf Kusterer

noch Verbesserungen in anderen Beförderungssämtern geben können.

Perspektiven. Danach suchen hunderte Kollegen/-innen, die auch in diesem Jahr beim Auswahlverfahren für den Aufstieg an den viel zu geringen Aufstiegsmöglichkeiten scheiterten beziehungsweise zum Zuschauen verdammt waren. Die Situation hat sich in den letzten Jahren verschärft. Auch weil immer mehr Berufsanfänger bereits das Abitur oder die Fachhochschulreife mitbringen. Deshalb brauchen wir Perspektiven, die aufstiegswilligen Beamten einerseits Möglichkeiten eröffnen und gleichzeitig die Ausbildungsdauer auf das Notwendige reduzieren, weil man eigentlich auf die Kollegen/-innen nicht wirklich verzichten kann. Eine stärkere Anerkennung der Praxiserfahrungen im Studium könnte hier ein Weg sein.

Auf eine berufliche Anerkennung und sachgerechte Bezahlung hoffen auch unsere Tarifbeschäftigten. 200 neue (höherwertige) Stellen im Haushalt. Das lässt hoffen. Hoffen auf entsprechende Höhergruppierungen, aber auch einen zügigen Stellenausgleich zwischen den Dienststellen, in denen nach der Polizeireform noch längst keine Angleichung der Stellenanteile in Sicht ist. Dabei dürfte jetzt schon absehbar sein, dass der Spagat zwischen einer Besserstellung



der bereits in der Polizei beschäftigten und der für eine dringende Entlastung neu eingestellter Tarifbeschäftigter mehr als schwierig werden dürfte.

Noch ein Wort zur Forderung des Einsatzes der Bundeswehr im Innern: Wenn langjährige Innenpolitiker und altgediente Innenminister den Einsatz der

Bundeswehr im Innern fordern, ist das der Beweis dafür, dass sie ihre Aufgaben nicht erfüllt haben. Sie haben die Erwartungen der Bürger/-innen, der Wähler/-innen schlichtweg nicht erfüllt. Und sie haben die Demokratie nicht verstanden, in denen die Wähler/-innen den zu wählenden Abgeordneten Aufträge erteilen und diese

nicht etwa nach Gutdünken tun und lassen können, was sie wollen. Wir sind längst an einem wichtigen Scheideweg angekommen. Das staatliche Gewaltmonopol wird von einem Vertrag der Bürger/-innen mit dem Staat getragen. Der Bürger verzichtet seinerseits auf jedwede Gewalt und im Gegenzug gewährt der Staat Si-

cherheit. Die Politik ist auf dem besten Wege, dieses Gewaltmonopol infrage zu stellen, wenn sie nicht mehr in der Lage ist, die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten. Denn das Maß an Sicherheit, auf das jeder Bürger einen Anspruch hat, ist mit den derzeitigen Mitteln nicht sicherzustellen. ■

DPoIG-Landesleitung im Gespräch mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion

Zu einem intensiven Meinungsaustausch und Auftaktgespräch für die zukünftige Zusammenarbeit trafen sich der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer und seine Stellvertreter Jürgen Engel und Oliver Auras mit Mitgliedern des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Landtagsfraktion im Haus der Abgeordneten in Stuttgart.

Neu im Amt als Polizeisprecher, begrüßte MdL Sascha Binder, zugleich stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des AK Innenpolitik der SPD-Fraktion, die DPoIG-Delegation. Begleitet wurde der Polizeisprecher von Justizminister a. D. MdL Rainer Stickelberger sowie MdL Rainer Hinderer und der parlamentarischen Beraterin Malin Melbeck.

In dem mehr als einstündigen Gespräch war es den SPD-Landtagsabgeordneten wichtig, Informationen zu erhalten, um die aktuelle Situation der Polizei einschätzen zu können.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer begann seine Ausführungen mit der Gewinnung von geeignetem Nachwuchs und den aus Sicht der DPoIG völlig unzureichenden Rahmenbedingungen in der Ausbildung. Dabei schloss er die Ausbildung des mittleren Dienstes ebenso mit ein wie

die Situation an der Hochschule für die Polizei und im Institut für Fortbildung. Kusterer wörtlich: „Es gilt jetzt, völlig frei von der Polizeireform zukunftsfähige Bildungseinrichtungen zu schaffen. Ich freue mich, dass die Mitglieder des AK Innenpolitik der SPD den Bedarf anerkennen.“

Einig war man sich dabei darüber, dass man ein Konzept benötigt, das alle Bedarfe berücksichtigt. Erst danach sollte man Liegenschaften diskutieren. Dabei stellte Vize Engel klar, dass es keinesfalls so sei, dass auf dem Areal der BPD Göppingen Platz bestünde, um ohne großen Aufwand weitere Dienststellen dort unterzubringen.

In Folge thematisierte man das Thema Liegenschaften und den Rückgang der Flüchtlingsströme, die für die Polizei neue Möglichkeiten eröffne. Dazu zählte laut Kusterer, der HfPol-Standort Freiburg, der nach wie vor insbesondere für die HfPol als Studienort eine äußerst gute Option darstellt und an der aus DPoIG-Sicht unbedingt festgehalten werden sollte.

Jürgen Engel ging beim Thema Einstellungen auf die aktuelle Situation und die Entwicklungen im Bewerberfeld ein. Es



> Rainer Stickelberger, Rainer Hinderer, Sascha Binder, Ralf Kusterer, Jürgen Engel, Malin Melbeck und Oliver Auras (von links)

SPD-Fraktion

gelte, zuallererst die Attraktivität der Ausbildung zu erhöhen und Perspektiven zu eröffnen. Dabei sei es mehr als bedauerlich, wenn man bei einem späteren Aufstiegsbemühen durch eine Begrenzung der Prüfungsteilnahme an einer Entwicklung gehindert werde.

Beim Thema Polizeifreiwillige gehen zwar die Meinungen der Teilnehmer auseinander, aber aus Sicht der DPoIG-Landesleitung hat das Gespräch dazu beigetragen, auch die Bewertung und Sichtweisen zu objektivieren. Dabei stimmte MdL Stickelberger der Forderung zu, dass ein Abbau der Polizeifreiwilligen eines Ausgleichs mit Neueinstellungen bedarf, die auch die SPD in der

Regierungsbeteiligung nicht vollzogen hatte.

Das Gespräch endete thematisch mit der von Oliver Auras vorgetragenen Dienstpostenbewertung und den Auswirkungen auf einzelne Bereiche der Polizei, insbesondere auf die Kriminalpolizei. Dabei scheint es grundsätzlich so, dass es mehr Verlierer als Gewinner geben würde. Auch wenn sich an den reinen Beförderungsmöglichkeiten nichts oder nur wenig verändert. Für die DPoIG ist und bleibt die Besoldungs- und Laufbahnnormung der Polizei die zentrale Forderung. Das wäre die Möglichkeit, um auch den Wissens- und Erfahrungsverlust der Polizei zu verhindern.



Nach dem in sehr guter Atmosphäre geführten Gespräch äußerten sowohl die DPoIG-Landesleitung wie auch der neue Polizeisprecher der SPD-

Landtagsfraktion und seine Begleiter den Wunsch nach einer intensiven und offenen Zusammenarbeit zum Wohle der Polizei. Das Gespräch in dieser

Runde war zumindest das erste Gespräch seit fünf Jahren, das auf eine bessere Zusammenarbeit mit der SPD und der SPD-Landtagsfraktion hoffen lässt,

was hoffentlich nicht damit zusammenhängt, dass die besten Freunde der Gewerkschaften meistens in der Opposition sitzen. ■

Antrittsbesuch beim Innenminister

Seinen Antrittsbesuch machte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer beim neuen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Thomas Strobl, am 11. Juli 2016. In sehr guter Atmosphäre streifte man beim ersten Gespräch wichtige anstehende Themen wie die Evaluation der Polizeireform, die Einführung der Bodycam und die Frage der Aufzeichnung, das Thema

Polizeifreiwillige, eine Zulage für die Kräfte im Personenschutz, Maßnahmen gegen die Gewalt gegen Polizeibeamte und die Fortentwicklung der Polizei mit den anstehenden Herausforderungen. Minister Strobl machte dabei deutlich, dass ihm der enge Kontakt und Austausch mit der DPoIG am Herzen liege und er auf eine gute und offene Zusammenarbeit setze. In Kürze wird sich die Landesleitung zu einem Gespräch mit Innenminister Strobl treffen. ■



> Innenminister Thomas Strobl empfängt Landesvorsitzenden Ralf Kusterer

KV Balingen mit neuer Vorstandschaft.

Nachdem Hans-Dieter Redeker, welcher einige Jahre als Vorsitzender des KV Balingen praktisch alleine die Geschicke des Kreisverbandes führen musste, im Zuge der Polizeireform von Balingen nach Rottweil versetzt wurde, war es an der Zeit, den KV Balingen neu aufzustellen. Die Betreuung der Mitglieder hatte zwischenzeitlich kommissarisch Sandra Plätke vom Polizeirevier Balingen

übernommen. Im Vorfeld der Jahreshauptversammlung am 23. Juni 2016 im Café Catrina hatte Sandra Plätke in mehreren Gesprächen Kolleginnen und Kollegen davon überzeugt, aktiv im Kreisverband mitzuarbeiten, sodass eine breit aufgestellte Vorstandschaft gewählt werden konnte. Als Vertreter des Landesverbandes konnte Bezirksvorsitzender Jürgen Vogler den Landesvorsit-



> Vorstand: Ralf Kusterer, Edgar Gompper, Marina Schweiger, Uwe Kleinmann, Joachim Ender, Sandra Plätke, Jürgen Vogler, Siegfried Nurna (nicht auf dem Bild sind: Siegbert Sauter, Walter Schult und Sina Khaled)

zenden Ralf Kusterer begrüßen, der in seinem Vortrag auf viele aktuelle Themen einging und die Gelegenheit nutzte, auch die DPoIG-Stiftung vorzustellen, um die Stiftungshäuser auch als Urlaubsziele bekannt zu machen. Jürgen Vogler hatte einleitend die neuen Strukturen der DPoIG vorgestellt und das Ergebnis der im Januar 2016 erfolgten Bezirksverbandswahlen mitgeteilt. Außerdem informierte er über die im Mitgliedsbeitrag enthaltenen Sozialleistungen sowie darüber, was im Falle eines

Rechtsschutzantrages zu beachten ist. Dass hier allgemein Aufklärungsbedarf besteht, wurde bei der Vorstellung der einzelnen Punkte deutlich.

Zusammen mit Ralf Kusterer durfte die neue Vorsitzende als erste Amtshandlung den Kollegen Gerhard Rieber für 40-jährige Mitgliedschaft ehren und ihm die Urkunde und die Ehrennadel sowie ein kleines Präsent überreichen. Eine kleine Verlosung rundete die Veranstaltung ab. ■

> Wahlergebnisse

Die Neuwahlen brachten folgendes, jeweils einstimmiges Ergebnis:

Vorsitzende: Sandra Plätke
 Stellvertreter: Uwe Kleinmann
 Beisitzer: Marina Schweiger, PR Balingen
 Siegbert Sauter, PR Hechingen
 Walter Schult, PR Albstadt
 Uwe Kleinmann, VPol
 Edgar Gompper, Ruheständler

JUNGE POLIZEI: Sina Khaled

Kassenprüfer: Siegfried Nurna
 Joachim Ender



Die etwas andere Jahreshauptversammlung des KV Esslingen

Verabschiedung der langjährigen Funktionäre Peter Mangel und Kurt Höhlich. Eine Jahreshauptversammlung mit Zauberer und Verlosung

Der Kreisvorsitzende Adi Seiter konnte annähernd 60 Teilnehmer zu der Jahreshauptversammlung im Casino der „alten PD Esslingen“ begrüßen. Besonders stolz war er, dass praktisch der gesamte Geschäftsführende Landesvorstand, der zuvor im selben Gebäude tagte, vor Ort war. Ebenso wie der Polizeipräsident des PP Reutlingen, Herr Wagner, sowie einer der Hausherrn, Polizeidirektor Peter Schubert.

Enrico Bertazzoni, DEBEKA-Betriebsleiter Esslingen, hielt zu Beginn einen kurzen Vortrag zu



> Peter Mangel, „Adi“ Seiter und Kurt Höhlich (von links)

den Angeboten und bot für alle Anwesenden seine Beratung in individuellen Versicherungsfragen an.

In seinem Referat streifte der Kreisvorsitzende zunächst das Thema Polizeireform, wo er sich über das aktuelle Thema „personelle Löcher“ stopfen bei den Polizeirevierern und der Kriminalpolizei ausließ. Adi Seiter dankte Polizeipräsident Wagner, dass im PP Reutlingen im Rahmen des Möglichen in Bezug auf die Polizeireform gute Arbeit geleistet wurde, da hier

die Mitarbeiterschaft auch entsprechend mitgenommen wurde. Beim Thema Polizeifreiwillige versuchte er Pro- und Kontraargumente aufzuzeigen. Er begrüßte die Einstellungsoffensive der neuen Landesregierung und bezeichnete die Nichtdurchführung der Kennzeichnungspflicht als vertrauensbildende Maßnahme. Dabei appellierte er an alle demokratischen Parteien, Gesprächsbereitschaft zu signalisieren.

Nach den politischen Themen ging er auf die personelle Entwicklung des Kreisverbandes

ein. Stolz konnte er darüber berichten, dass der Kreisverband nun annähernd 500 Mitglieder aufweist.

Sehr erfreut zeigte er sich auch darüber, dass sich mit Dominic

Schefold, Sara Höllein, Max Herrmann und Franziska Müller in der „JUNGEN POLIZEI“ sehr engagierte Kollegen gefunden haben. Im Bereich der Seniorenvertretung ist der Kreisverband mit Oskar Sauer seit circa zwei Jahren sehr gut aufgestellt.

Zum Abschluss seiner Rede verabschiedete Adi Seiter zwei wohlverdiente Funktionäre des KV Esslingen: Kurt Höhlich war über mehrere Jahrzehnte hinweg Vertrauensmann des Polizeireviere Kirchheim und seit 2010 Geschäftsführer des KV



> Die geehrten Mitglieder mit Polizeipräsident Wagner (40 Jahre Mitglied) und Ralf Kusterer (rechts)

Esslingen. Peter Mangel war über weit mehr als zehn Jahre hinweg ebenfalls bis 2010 Geschäftsführer des KV Esslingen. Seit 1999 war er Bezirksvorsitzender des Bezirkes Nordwürttemberg und hielt dort bis zur Polizeireform die Fahnen des KV Esslingen hoch. Über viele Jahre hinweg war er zusätzlich Personalratsvorsitzender des BPR Nordwürttemberg und des ÖPR der PD Esslingen beziehungsweise des PP Reutlingen. Der Kreisvorsitzende bedankte sich bei beiden Funktionären mit einem Gutschein.

Nach dem Bericht des Schatzmeisters Bernd Menzel und dem Kassenprüfungsbericht durch Werner Krejci wurde die Entlastung des Vorstandes beantragt und einstimmig erklärt.

In seiner Rede streifte Landesvorsitzender Kusterer verschiedene Themenbereiche aus der Rede Adi Seiters und ging auf die aktuelle politische Lage und das politische „Standing“ der DPolG ein, wobei er beispielsweise beim Thema Elektroimpuls-Distanzgeräte die Dringlichkeit der Beschaffung dieses Einsatzmittels untermauerte.

Danach waren die Teilnehmer dieser Veranstaltung sehr angegan vom 20-minütigen Auftritt

des Zauberers. Jens Schutz, ein Kollege des LKA, begeisterte die Anwesenden mit seinen Zauberkünsten.

Bei den Neuwahlen wurde Adi Seiter als Vorsitzender sowie Bernd Menzel als stellvertretender Vorsitzender bestätigt. Melanie Mielke wurde einstimmig als neue Geschäftsführerin gewählt. Die weiteren Vorstandsmitglieder wurden ebenfalls alle einstimmig bestätigt. Im Anschluss konnten zehn anwesende Mitglieder für ihre 40-jährige Mitgliedschaft und eine Kollegin für ihre 25-jährige Mitgliedschaft geehrt werden.

Mit einer abschließenden Verlosung von Eintrittskarten für den Europapark, die Wilhelma und den Fernsehturm in Stuttgart sowie einem Media-Markt-Gutschein konnte der Kreisvorsitzende die harmonische Sitzung abschließen.



> Kollege Jens Schutz verzaubert die Teilnehmer.



Meinungsaustausch mit Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion

Nachdem es in der neuen CDU-Landtagsfraktion einige personelle Veränderungen gab, trafen sich Mitglieder der DPoIG-Landesleitung mit den Abgeordneten in neuer Funktion zu einem mehrstündigen Meinungsaustausch. Erfreut zeigt sich dabei der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer darüber, dass DPoIG-Mitglied Siegfried Lorek nach seiner Wahl in den Landtag innerhalb der CDU-Landtagsfraktion das Amt des Polizeisprechers übernommen hat. Der bisherige Polizei- und Innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Blenke, bleibt der Polizei in anderen Funktionen erhalten und verbunden. Er wurde zum stellvertretenden Fraktionssprecher und Vorsitzenden des Arbeitskreises Innenpolitik der CDU-Landtagsfraktion gewählt, wo er sich weiterhin mit Engagement um Polizeithemen kümmert.

Neben den Parlamentarischen Beratern Dr. Möser und Dr. Bauer nahm auch MdL Tobias Wald an dem Gespräch teil, der innerhalb der Landtagsfraktion den Arbeitskreis Finanzen leitet.

Positiv ist, dass die CDU-Abgeordneten in vielen Punkten mit der Auffassung der DPoIG-Landesleitung übereinstimmen und konstruktive Anregungen der DPoIG gerne aufnehmen und damit in die Regierungsarbeit mit übernehmen möchten.

Im Mittelpunkt des Meinungs- und Gedankenaustauschs standen unmittelbar anstehende Entscheidungen. So stand zum Zeitpunkt des Gesprächs die Entscheidung über die Art der Evaluation der Polizeireform an

und mögliche Teilnehmer, der hier zu bildenden Kommission, wurden am Rande diskutiert. Ferner drückt die Last der Einstellungsreform und die Erkenntnisse, dass die bisherigen Konzepte streng unter dem Einfluss der Polizeireform und einem Vermeiden von weiteren Bildungsstandorten um jeden Preis standen.

Der DPoIG-Landesvorsitzende fordert von der Politik eine klare Standard-Vorgabe. *„Wir erwarten eine klare Positionierung für eine zukunftsfähige Polizeibildung. Da müssen Stockbetten, die man unter der Vorgängerregierung aufgebaut hat, wieder abgebaut und eine moderne Unterbringung mit Dusche und WC angestrebt werden. Der Charme der 70er-Jahre muss überwunden werden. Wir erwarten technische Rahmenbedingungen, die eigentlich fast jeder Jugendliche zu Hause hat. Jetzt muss der Grundstein für die Zukunft gelegt werden. Dazu gehört auch die Frage, in welcher Größenordnung die Einstellung im gehobenen Dienst erfolgt und wie der Berg an Aufstiegsbeamten abgebaut werden kann. Die große Anzahl der studierfähigen Beamten/-innen brauchen eine klare Perspektive“,* so Kusterer. Von der Polizeiführung erwartet die DPoIG-Landesleitung, dass Denkverbote überwunden, Bedarfe klar artikuliert werden und dann gemeinsam ein Gesamtkonzept erstellt wird. Erst danach darf man über die jetzt wie „Sauerbier“ angebotenen Liegenschaften diskutieren. Das schließt den Standort Wertheim mit ein, der erneut zur Debatte steht. Man muss wissen, was man dort aus- oder fortbil-



Jürgen Engel, Siegfried Lorek, Ralf Kusterer, Thomas Blenke, Oliver Auras und Tobias Wald (von links)

den möchte. Man muss wissen, wie das in eine Gesamtstrategie der Bildung passt. Sonst macht das keinen Sinn. Dabei fordert Kusterer ein Konzept mit Langzeitwirkung. Keine Übergangslösungen. Keine Interimslösungen. Das alles kostet viel Geld und bringt nichts.

Gerade aus finanzpolitischer Sicht ernten die klaren Vorstellungen der DPoIG anerkannter Worte. MdL Wald macht deutlich, dass man sehr gut darauf schauen müsse, welche Investitionen mit welcher Nachhaltigkeit erbracht werden. Dazu gehöre am Beispiel Wertheim, dass dort Flüchtlinge untergebracht waren und vermutlich ein erheblicher Finanzbedarf für die sachgerechte und zukunftsfähige Instandsetzung bestünde.

Bei dem Gespräch wurden auch weitere Einzelthemen gestreift. So hat DPoIG-Chef Kusterer die Forderung nach einer Zulage für den Personenschutz artikuliert. Hier könnte es zielführend sein, den Personenschutz organisatorisch mit dem MEK (MEK/Personenschutz) zu verbinden. Dann wäre noch nicht einmal eine Veränderungsänderung notwendig. Diesen Vorschlag wollen die Abgeordneten gerne aufgreifen und einer Prüfung zuführen.

Mit Blick auf den Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen zur Einführung einer Rechtsgrundlage für die Bodycam begrüßen die DPoIG-Besprechungsteilnehmer die Absicht, mit einem sogenannten Pre-Re-

ording zu ermöglichen, dass Aufnahmen gefertigt werden, die auf einem flüchtigen Speicher abgelegt und nach einer gewissen Zeit gelöscht werden. Die DPoIG-Vertreter machen dabei aber auch deutlich, dass ihnen die bisher angedachten Zeiten noch nicht weit genug gingen. Dabei sieht die DPoIG den Einsatz der Bodycam nicht nur aus präventiv-polizeilichen Gründen für angezeigt. Gleichwohl wird eine jahrelange Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft nach einer Einführung der Bodycam jetzt wohl endlich umgesetzt.

Auch der freiwillige Polizeidienst wurde angesprochen. Hier warben die DPoIG-Vertreter für eine sachgerechte Aufarbeitung und keine hektischen Schnellschüsse. Dabei war man sich einig, dass man angesichts der mehr als angespannten Personalsituation nicht auf den freiwilligen Polizeidienst verzichten kann. Die Polizei ist nicht in der Lage, beispielsweise auch noch die Verkehrslenkungsmaßnahmen bei Fußballspielen zu übernehmen.

Der direkte Kontakt aus der CDU-Regierungsfraction zur DPoIG hat bei den Abgeordneten hohe Priorität. Sie machen deutlich, dass man insbesondere die Kompetenz und die Art der sachlichen Aufarbeitung durch und mit der DPoIG schätzt. Dass dabei auch die persönliche Ebene stimmt, zeigte der sehr intensive Dialog in gelöster Gesprächsatmosphäre. ■



DPoIG-Landesfrauenkonferenz 2016

Geschäftsführender Landesfrauenvorstand gewählt und die Weichen für die Zukunft gestellt



> Der Landesfrauenvorstand wurde beim Landeskongress einstimmig entlastet. Dank für die hervorragende Arbeit der letzten Jahre gab es von allen Seiten.

vertreten, sondern aktiv dabei und prägen damit auch die gewerkschaftspolitische Frauenarbeit in diesen Bereichen mit.

Längst sind die DPoIG-Frauen auch innerhalb der Polizei angekommen und haben unter anderem in den Funktionen

Zur alle vier Jahre stattfindenden Landesfrauenkonferenz trafen sich die Delegierten vom 4. bis 5. Juli 2016 in Baiersbronn. Mit großer Freude konnte die Landesfrauenbeauftragte Marion Rothmund-Moscaritolo fast aus jedem Kreis- und Ortsverband und aus den Bezirken die Frauenbeauftragten begrüßen und feststellen, dass man mit einer großen Motivation und dem Wunsch, in und mit der Landesfrauenvertretung etwas zu bewirken, angereist war. Eine optimale Basis dafür, bei dieser Landesfrauenkonferenz die Weichen für die kommenden Jahre zu stellen und auch die Landesfrauenvertretung fit für die Zukunft zu machen.



> Landesfrauenvorstand: Patricia Riemel, Marion Rothmund-Moscaritolo, Sandra Knödler und Manuela Nothelfer-John (von links)

DPoIG BW (12)

➤ Geschäftsbericht zeigt großes Engagement

In ihrem Geschäftsbericht konnte die Landesfrauenbeauftragte Marion Rothmund-Moscaritolo gemeinsam mit ihrer Stellvertreterin Manuela Nothelfer-John ein positives Resümee der vergangenen Jah-

re ziehen. Die DPoIG-Landesfrauenvertretung steht mit beiden Füßen auf dem Boden und ist weit weg vom internen Frauenkreis, in dessen Mittelpunkt der Begriff Gender weiter totgeritten wird. Vielmehr hat sich die Landesfrauenvertretung längst den Familien und all den damit verbundenen Problematiken geöffnet, bei der nicht nur Kinder, sondern auch die Pflege und die beruflichen Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit im Mittelpunkt stehen.

Die Landesfrauenvertretung ist innerhalb der Bundesorganisation ein fester Pfeiler und Anker. Längst sind die Vertreterinnen aus dem Ländle mit ihrer Kompetenz und ihrem unermüdlichen Engagement auch auf der Bundesebene nicht mehr wegzudenken. Wichtige Impulse kommen aus dem Süden. Und das ist gut so.

Auch innerhalb der Frauenvertretungen des Dachverbandes, auf der Bundes- und der Landesebene, sind die Frauen aus Baden-Württemberg nicht nur

der Chancen- und Gleichstellungsbeauftragten wie auch den Frauenvertreterinnen Verantwortung übernommen. Als Beraterinnen für die Führung bringen sie ihre Kompetenz in allen Prozessen mit ein und sorgen mit für mehr Chancengleich- und -gerechtigkeit.

➤ Landesvorsitzender dankt Landesfrauen

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer nutzte die einstimmige Entlastung der Landesfrauenbeauftragten und



> Landesfrauenvertreterinnen beim Abstimmen ihrer Anträge.



> Delegierte aus allen Landesteilen nahmen am Landeskongress der Frauen teil



> Landesvorsitzender Kusterer dankt Marion Rothmund-Moscaritolo und Manuela Nothelfer-John.



> Der Organisator Jörg Timmann



> Ralf Kusterer bedankte sich bei allen Delegierten für ihr tolles Engagement in der Landesfrauenvertretung.

deren Stellvertreterin, um sich bei beiden für deren großes Engagement zu bedanken. Kusterer wörtlich: „Marion Rothmund-Moscaritolo ist in unserer Gewerkschaft eine stets verlässliche und engagierte Mandatsträgerin, die unermüdlich ihren Sachverstand und ihre Hilfsbereitschaft in den Dienst der Organisation und unserer Mitglieder stellt. Genau diese Eigenschaften sind es auch, warum sie dort seit Dezember 2015 auch dem Geschäftsführenden Landesvorstand angehört. Dafür bin ich persönlich, aber auch meine Mitstreiter/-innen dankbar.

Dieser Dank gilt auch ihrer Stellvertreterin, die sie nicht nur bei Abwesenheit in den Gremien vertritt.“

> **Marion Rothmund-Moscaritolo und Manuela Nothelfer-John wiedergewählt**

Mit überwältigender Mehrheit wurden die bisherige Landesfrauenbeauftragte Marion Rothmund-Moscaritolo (Freiburg) und ihre Stellvertreterin Manuela Nothelfer-John (Böblingen) in ihren Ämtern bestätigt.

Im März 2006 wurde Marion Rothmund-Moscaritolo an-

lässlich der Sitzung des Landesfrauenausschusses in Stuttgart zur Landesfrauenbeauftragten gewählt. Im Jahre 2008 und im Jahre 2012 wurde sie auf der Landesfrauenkonferenz jeweils einstimmig wiedergewählt. Seit 1996 ist sie Frauenvertreterin/Beauftragte für Chancengleichheit bei der Polizeidirektion beziehungsweise beim Polizeipräsidium Freiburg. Seither steht Manuela Nothelfer-John an ihrer Seite.

> **Geschäftsführender Landesfrauenvorstand gewählt**

Der enorme Arbeitsaufwand und die teilweise erforderliche Kleinteiligkeit der Organisationsstruktur machen es erforderlich, der Landesfrauenbeauftragten und deren Stellvertreterin weitere Kolleginnen zur Seite zu stellen. Deshalb wurde den Delegierten der Landesfrauenkonferenz die Bildung eines Geschäftsführenden

Landesfrauenvorstandes mit zwei weiteren Stellvertreterinnen empfohlen. Diesem Vorschlag folgten die Delegierten einstimmig.

> **Die Neuen: Sandra Knödler und Patricia Riemel**

Die Bereitschaft, ein Amt zu übernehmen, und damit nicht nur das Amt zu meinen, sondern vielmehr auch die damit verbundenen Aufgaben auf- und anzunehmen, sind in unserer Gesellschaft keineswegs mehr selbstverständlich. Mit Sandra Knödler (Esslingen) und Patricia Riemel (Konstanz) konnten wir zwei kompetente Kolleginnen für diese wichtigen Aufgaben hinzugewinnen, die diesem Anspruch gerecht werden möchten und sich auf die Arbeit im Team freuen.

> **Anträge zeigen Defizite auf**

Die ehemalige Landesfrauenbeauftragte Sylvia Heling (Stuttgart) hatte der Landesfrauenkonferenz einige Anträ-



> Die Tagungsleitung: Natascha Karle und Sylvia Heling.



ge mit auf den Weg gegeben, die teilweise seit Jahren leider noch keine zufriedenstellende Erledigung fanden. Mutter/Vater-Kind-Kur. Ein wahrer Dauerbrenner. Noch immer gibt es in der Freien Heilfürsorge keine Regelung, die solche Kuren zulassen. Es bleibt bei der „Ur-Alt-Forderung“ der DPoIG-Frauenvertretung, die mit ihrem einstimmigen Beschluss erneut die Notwendigkeit dokumentierten. Gleiches gilt für Vorsorgekuren teilzeitbeschäftigter Wechselschichtdienstleistender beziehungsweise Angehöriger operativer Kräfte in den geschlossenen Einsatzeinheiten. Doppel- und Drei-

fachbelastung und trotzdem keine Kur, das ist und bleibt weder gerecht noch gesund.

► **Gemeinsam die Zukunft gestalten**

Nach einer umfangreichen Tagesordnung und mancher verbandsinternen Regularien widmeten sich die Delegierten ganz der Zukunft. Den Blick nach vorne gerichtet und die Erfahrungen der Vergangenheit nicht vergessen. Im Ergebnis gibt es eine lange Agenda mit vielen tollen Hinweisen zur Gestaltung der Frauenarbeit in der DPoIG. Für die nächsten vier Jahre hat man sich viel vor-



► Daniel Jungwirth, Ralf Kusterer und Marion Rothmund-Moscaritolo

genommen. Und mehr als positiv dabei ist, dass eben nicht nur Aufgaben an den Geschäftsführenden Landesfrauenvorstand herangetragen wurden, sondern schon Aufträ-

ge von den Delegierten in das eigene Gepäck gepackt und zur Bearbeitung mitgenommen wurden. So macht Gewerkschafts- und Frauenarbeit Spaß. ■



► „Gemeinsam Zukunft gestalten.“



Einladung zur Jahreshauptversammlung der DPoIG Mannheim

am 11. Oktober 2016, 14 Uhr, im PSV-Schützenhaus, Mannheim, Im Pfeifferswörth 17

Es finden Teilwahlen statt. Anträge zur Versammlung und Teilnehmerzusagen erbitten wir bis spätestens 26. September unter der E-Mail-Adresse mannheim.pp.dpolg.ma@polizei.bwl.de

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer hat sein Kommen zugesagt

Günter Troschka, Kreisgeschäftsführer

